

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsübersicht	9
Musterverzeichnis	35
Literaturverzeichnis	39
Abkürzungsverzeichnis	53
1. Teil: Das verwaltungsrechtliche Führerscheinverfahren	55
§ 1 Das verkehrsrechtliche Mandat – Beratung und Vertretung	55
A. Bedeutung der Fahrerlaubnis für den Mandanten	55
B. Mandatsannahme	56
I. Vorbereitung	56
II. Konkrete Annahme	59
III. Informationspflicht und Belehrungsanschreiben für den Mandanten ..	61
C. Checkliste: Beratung und Interessenvertretung	64
D. Interessenvertretung, richtige Strategie sowie Informations- und Wissens- beschaffung	67
I. Ausgangslage	67
II. Beratungsziele und strategische Überlegungen	68
1. Effiziente und konkrete Beratung	68
2. Ziel: Erhaltung und/oder (Wieder-)Erteilung der Fahrerlaubnis ..	68
3. Chancen zur Vermeidung eines Fahrverbots	69
4. Verkehrsrecht und Datenschutz	70
III. Notwendige Information an den Mandanten – Mustertexte	70
1. Hinweis auf drohende Maßnahmen bei hohem Punktestand	70
2. Information zu anfallenden Kosten	71
3. Information über mögliche Begutachtung für Fahreignung	71
4. Information bei Führerscheinmaßnahmen – speziell: älterer Kraftfahrer	72
IV. Verteidigungsgrundlagen	73
1. Möglichkeit der „Verständigung über den Fortgang und das Er- gebnis im Verfahren“	73
2. Akteneinsicht	74
3. Kenntnis der Gesetzeslage und der Rechtsprechung	74
4. Information zu Rechtsfragen	77
5. Mögliche externe Unterstützung	78

§ 2 Rechtliche Grundlagen der Fahrerlaubnis	81
A. Rechtliche Grundlagen	81
B. Die wichtigsten Regelungen im Einzelnen	81
I. Europäische Richtlinien	81
1. Allgemeines	81
2. Die erlassenen Richtlinien	81
II. Regelungen im StVG	83
III. Fahrerlaubnisverordnung (FeV) und Anlagen	84
1. Regelungsübersicht der FeV	84
2. Anlagen zur FeV	84
C. Fahrlehrer- und Kraftfahrsachverständigengesetz	86
I. Fahrlehrergesetz	86
II. Das Kraftfahrsachverständigengesetz	87
§ 3 Der (Erst-)Erwerb der Fahrerlaubnis	89
A. Voraussetzungen für die Verkehrsteilnahme	89
I. Der Grundsatz der Freiheit zur Teilnahme am Straßenverkehr	89
1. Allgemeine Erlaubnisfreiheit zur Teilnahme am Straßenverkehr	89
2. Mögliche Einschränkungen	89
II. Zur Erlaubnispflicht für das Führen von Kraftfahrzeugen	90
1. Ausnahmen vom Erfordernis der Kraftfahrerlaubnis	91
2. Die Fahrerlaubnis und ihre Einteilung in bestimmte Klassen	92
3. Fortgeltung der „Fahrerlaubnisse alten Rechts“ (Besitzstände)	92
III. Ausgewählte Fragen zur Erteilung der Fahrerlaubnis	93
1. Inlandswohnsitz	93
2. Mindestalter und „begleitetes Fahren“	94
3. Erteilung Fahrerlaubnis vor Vollendung des 18./21. Lebensjahres bei Berufsausbildung	95
IV. Die Erteilung der Fahrerlaubnis	96
1. Formalien	96
2. Kein Bestandsschutz bei Neuerteilung	96
3. Verlängerung einer Fahrerlaubnis	97
4. Eignung, Befähigung und Beweislast	97
B. Die Einteilung der Fahrerlaubnisklassen	97
I. Regelungen zur Einteilung der Fahrerlaubnisklassen	97
II. Überblick: Die alten und die neuen Fahrerlaubnisklassen	98
1. Übersicht 1: Die aktuellen Fahrerlaubnisklassen des § 6 Abs. 1 FeV	98
2. Der Geltungsbereich der alten Fahrerlaubnisklassen nach Anlage 3 zur FeV	101

C. Regelungen zu den einzelnen Fahrerlaubnisklassen	101
I. Allgemeines	101
1. Erläuterungen zu den einzelnen Klassen der Fahrerlaubnis	101
2. Einschlussregelung für „niedrigere“ Klasse	101
II. Fahrerlaubnis zur Personenbeförderung	101
III. Dienstfahrerlaubnis	102
1. Spezielle Zuständigkeiten	102
2. Sonderklassen für die Bundeswehr	102
3. Geltung der Dienstfahrerlaubnis	102
IV. Verlängerung einer Fahrerlaubnis für die Lkw-Klassen	102
V. Sonderregelung für Hilfsdienste	103
D. Fahrerlaubnis auf Probe, Stufenfahrerlaubnis, Befristung und Einschränkung	103
I. Fahrerlaubnis auf Probe	103
II. Stufenfahrerlaubnis	104
1. Fahrerlaubnis der Klasse A (Motorräder)	104
2. Fahrerlaubnis der Klasse AM	104
3. Fahrerlaubnis der Klasse T (land- oder forstwirtschaftliche Zugmaschinen)	105
III. Unbefristete und befristete Fahrerlaubnisse	105
1. Die Fristberechnung	106
2. Der Führerschein	106
IV. Beschränkungen der Fahrerlaubnis	106
E. Ersatzführerschein, internationaler Führerschein	107
I. Ersatzführerschein	107
1. Erweiterung, Verlängerung einer Fahrerlaubnis oder Änderung ..	107
2. Abhandenkommen oder Vernichten	107
II. Internationaler Führerschein	107
§ 4 Die im EU/EWR-Ausland erworbene Fahrerlaubnis	109
A. Europarechtliche Regelungen	109
B. Sonderbestimmungen für Inhaber ausländischer Fahrerlaubnisse	109
C. Die Europäische Fahrerlaubnis	110
§ 5 „Eignung“, „bedingte Eignung“, „Ungeeignetheit“, „Befähigung“	117
A. „Eignung“ als Voraussetzung für die Erteilung der Fahrerlaubnis	117
B. Die „Eignung“	117
I. Der Begriff „Eignung“	117
II. Die „bedingte Eignung“	122
III. „Eignung“ und „Ungeeignetheit“ im Strafrecht	124
1. Unterschiedliche Begriffsdefinition	124

2. Bedingte Eignung im Strafrecht	125
IV. Regelungen zur „Eignung“ gemäß FeV	125
1. Einfluss auf die Eignung	126
2. Weitere Konkretisierungen	126
a) Sehvermögen	126
b) Körperliche und geistige Eignung	126
c) Die charakterliche Eignung	127
V. Die Begriffe BfF und MPU	127
VI. Aspekte der Eignungsbewertung	128
1. Allgemeines	128
2. Anordnung einer MPU	129
3. Besonderheiten bei bedingter Eignung	132
4. Die „Eignungsbewertung“ im Strafverfahren	132
C. Der Begriff „Ungeeignetheit“	134
D. Speziell: Eignungszweifel bei Alkoholproblematik	135
I. Allgemeines	135
II. Alkoholbedingte Verkehrsauffälligkeit	136
III. Die Möglichkeit der Wiederherstellung der Eignung	137
1. Abhängigkeit	138
2. Die Voraussetzungen zur Wiederherstellung der Eignung im Einzelnen	140
3. Missbrauch	140
4. Nachweis	141
E. Speziell: Eignungszweifel bei Drogenproblematik	142
I. Die Regelung	142
II. Wachsende Drogenproblematik	142
III. Kontrollen und Maßnahmen der Polizei	145
1. Das Erkennen von Medikamenten- und Drogeneinfluss	145
2. Mögliche Maßnahmen der Polizei	145
IV. Die Eignungsprüfung	145
1. Cannabis-Konsum	145
2. Die Einnahme harter Drogen	147
V. Wiederherstellung der Eignung nach Drogenkonsum	148
1. Einmaliger Konsum	148
2. Ausräumen der Abhängigkeit	148
3. Fahreignung bei Einnahme von Drogen	149
F. Die „Befähigung“	149
I. Der Begriff „Befähigung“	149
II. Der Nachweis der Befähigung	150
III. Ausnahmen vom Erfordernis des Nachweises der Befähigung	150
G. Obergutachten im Fahrerlaubnisrecht	151

§ 6 Das „Punktsystem“, Fahreignungsregister und sonstige Register	153
A. Verkehrscentralregister/Fahreignungsregister – Grundlagen und Zweckbestimmung	153
I. Verkehrscentralregister nach alter Rechtslage	154
1. Eintragungsanlass	154
2. Mitteilung von Entscheidungen an das Kraftfahrtbundesamt	156
3. Berücksichtigung von Eintragungen im BZR	157
4. Fristbeginn	157
II. Punktevergabe nach altem Recht	157
III. Tateinheit und Tatmehrheit	158
IV. Punkteabbau nach altem Recht	159
V. Punktelöschung bei Entziehung der Fahrerlaubnis nach altem Recht.	160
VI. Tilgungsfristen	161
1. Fristgebundene Tilgung	161
a) Generelle Tilgungsfristen	161
b) Beginn der Tilgungsfrist	162
c) Tilgungsfristen bei Entscheidungen wegen Straftaten	162
d) Spezielle Rechtslage bei einzutragenden Ordnungswidrigkeiten	162
e) Abweichungen von den allgemeinen Tilgungsfristen	163
f) Ausschluss der Tilgung	163
2. Tilgungshemmung und Fristbeginn	164
3. Die Regelung in § 29 Abs. 6 und 7 StVG a.F.	165
VII. Tilgungsreife	166
VIII. Überliegefrist	168
IX. Maßnahmen nach altem Recht	169
B. Bindungswirkung	170
I. Unterscheidung zwischen Entziehungsverfahren und Neuerteilungsverfahren	170
1. Einstellung durch Strafverfolgungsbehörde	171
2. Strafgerichtliche Urteile	171
a) Grundsatz Bindungswirkung	171
b) Konkreter Zusammenhang mit Sicherheitsbelangen	171
c) Bindungswirkung für das gesamte Entziehungsverfahren	172
d) Bindungswirkung nur bei konkreten Feststellungen im Urteil	173
II. Ausnahme „Besondere Umstände“	174
C. Verwertung von Eintragungen und Maßnahmen nach dem Punktsystem bzw. Fahreignungsregister	175
I. Zeitliche Begrenzung	175
II. Verwertungsverbot	175
III. Besonderheiten nach BZRG	176

IV.	Maßnahmen nach dem Punktsystem	176
V.	Der Auskunftsanspruch	176
VI.	Information über Punktestand/KBA.....	176
D.	Fahreignungsregister seit dem 1.5.2014	178
I.	Überblick	178
1.	Allgemeines	178
2.	Änderung	180
3.	Adressaten.....	182
II.	Differenzierung der Verstöße	185
III.	Maßnahmenstufen nach § 4 Abs. 4, 5 StVG	186
IV.	Überführungsfragen	189
1.	Überführung nach § 65 StVG	189
2.	Überführung der alten Punkteabzüge und Aufbauseminare nach § 65 Abs. 3 Nr. 5 StVG	190
3.	Überleitung von Verstößen, die nicht punktewehrt sind	190
4.	Verstöße vor dem 1.5.2014, eingetragen bis zum 30.4.2014 im VZR	191
5.	Verstöße vor dem 1.5.2014, eingetragen nach dem 1.5.2014 im FaER	191
V.	Offene Fragen	193
E.	Sonstige Register	195
I.	Fahrerlaubnisregister	195
II.	Zentrales Militärfahrerlaubnisregister	198
III.	Fahrzeugregister	198
IV.	Bundeszentralregister und Verkehrsrecht	199
§ 7	Maßnahmen der Fahrerlaubnisbehörde ohne/mit Entzug der Fahrerlaubnis	201
A.	Mögliche Maßnahmen der Fahrerlaubnisbehörde	201
B.	Anordnung Verkehrsunterricht	201
I.	Rechtliche Grundlage	201
II.	Anordnung zur Teilnahme am Verkehrsunterricht	201
C.	Fahrtenbuchaufage	202
I.	Rechtsgrundlage	202
1.	Die Fahrtenbuchaufage als Sanktionsmittel	202
2.	Voraussetzungen für die Anordnung	203
3.	Fahrtenbuchaufage für Ersatzfahrzeug	204
II.	Fragen der Rechtmäßigkeit	204
III.	Ermittlung des Fahrers und Fragen des Zeugnisverweigerungsrechtes	205
IV.	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	206
V.	Zuständigkeit	207

VI.	Die Pflicht zur Führung des Fahrtenbuches	207
VII.	Effektiver Rechtsschutz gegen Auferlegung eines Fahrtenbuchs	208
D.	Einschränkungen oder Auflagen zur Fahrerlaubnis	208
	I. Rechtsgrundlagen	208
	II. Beschränkungen und Auflagen	209
	III. Rechtmäßigkeit	210
E.	Maßnahmen bei Fahrerlaubnis auf Probe	210
	I. Rechtsgrundlagen	210
	II. Voraussetzungen für Maßnahmen	211
	III. Die in Betracht kommenden Maßnahmen	212
	1. Die Ermächtigungsgrundlage	212
	2. Die Einstufung der Tatbestände im Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht (Anlage 12 zur FeV)	212
	3. Schematische Übersicht: Maßnahmen der Fahrerlaubnisbehörde bei Fahrerlaubnis auf Probe	215
	IV. Die in Betracht kommenden Maßnahmen im Einzelnen	216
	1. Anordnung der Teilnahme an Aufbauseminar	216
	2. Arten des Aufbauseminars	217
	a) „Gewöhnliches“ Aufbauseminar (§ 35 FeV)	217
	b) Besonderes Aufbauseminar (§ 36 FeV)	218
	c) Einzelseminar	219
	d) Teilnahmebescheinigung	219
	3. Verwarnung unter Hinweis auf verkehrpsychologische Beratung	219
	a) Berater	220
	b) Durchführung der Beratung	220
	c) Teilnahmebescheinigung	220
	4. Entziehung der Fahrerlaubnis	221
	5. Ausschluss der aufschiebenden Wirkung	221
	6. Maßnahmen nach Neuerteilung der Fahrerlaubnis auf Probe	221
F.	Maßnahmen nach Punktesystem	221
G.	Der Entzug der Fahrerlaubnis bei Alkohol- und/oder Drogenproblematik sowie aus sonstigen Gründen der Ungeeignetheit	222
	I. Allgemeine Voraussetzungen der Entziehung	222
	1. Die Voraussetzungen der Entziehung im Verwaltungsverfahren ..	222
	2. Weitergabe von Informationen an die Polizei	222
	II. Entzug der Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung	222
	III. Entzug der Fahrerlaubnis bei Weigerung, ein Gutachten beizubringen	223
	IV. Der Vorrang des Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahrens gegenüber dem Verwaltungsverfahren	223
	1. Bei anhängigem Straf- und Bußgeldverfahren	223
	2. Bedeutung der Entscheidungen im Straf- und OWi-Verfahren	224

3. Beachtung der Sperrfrist	225
4. Beachtlichkeit von Bußgeldentscheidungen	225
V. Besonderheiten bei einer ausländischen Fahrerlaubnis	225
VI. Entzug der Fahrerlaubnis bei Alkohol- und/oder Drogenproblematik	226
1. Allgemeines	226
2. Entzug der Fahrerlaubnis bei Alkoholproblematik	227
3. Information an Mandanten über die Teilnahme an einem Aufbau-seminar nach früherer Trunkenheitsfahrt	228
4. Entzug der Fahrerlaubnis bei Drogenproblematik	228
5. Untersagung des Führens von Fahrrädern im Straßenverkehr	230
VII. Ungeeignetheit bei Altersabbau	230
VIII. Ungeeignetheit infolge Krankheit oder sonstiger körperlicher Män-gel	231
H. Entziehung einer EU-Fahrerlaubnis	231

§ 8 Begutachtung für Fahreignung (BfF) – Medizinisch-Psychologische Untersuchung (MPU) 233

A. Gesetzliche Grundlagen und Begriffe	233
I. Allgemeines	233
II. Begriffe „BfF“ und „MPU“	233
B. Statistisches zu den Medizinisch-Psychologischen Untersuchungen	234
C. Die Begutachtungsstellen	234
I. Amtlich anerkannte Begutachtungsstellen für Fahreignung	234
II. Mögliche Arten von Gutachtern	235
1. Facharzt	236
2. Amtsarzt	236
3. Sachverständiger oder Prüfer für den Kraftfahrzeugverkehr	236
4. Obergutachter	236
D. Die Anordnung der Begutachtung und ihre Anlässe	237
I. Allgemeines	237
II. Die Festlegung der Fragestellung	237
III. Die einzelnen Begutachtungsanlässe nach FeV	238
IV. Musterschriftsätze bei Anordnung zur Begutachtung der Fahreignung	240
1. Mögliche Musterschriftsätze in der Praxis	240
2. Musterschriftsatz an Verwaltungsbehörde wegen Begutachtung der Fahreignung	241
3. Musterschriftsatz/Mandanteninformation zur Anordnung der Beibringung eines medizinisch-psychologischen Gutachtens (Gutachten einer Begutachtungsstelle für Fahreignung)	242
E. Vorbereitung auf die Begutachtung	243
I. Das Mandantengespräch	243

I.	Konfrontation mit den Folgen des Verlustes der Fahrerlaubnis	243
2.	Die notwendige Beratung zur Problematik	243
II.	Information und Belehrung für Betroffene	245
III.	Die Nutzung der Zeit ab (drohender) Entziehung der Fahrerlaubnis .	245
IV.	Beratung nach für den Mandanten negativem Ergebnis einer Begutachtung	246
1.	(Keine) Weitergabe des Gutachtens an die Fahrerlaubnisbehörde .	246
2.	Folgerungen aus für den Mandanten negativem Gutachten	247
F.	Bestimmung der Begutachtungsart bzw. des Gutachters	247
G.	Die Rechtsbeziehungen zwischen Betroffenem und Begutachtungsstelle . . .	248
I.	Rechtsverhältnis zwischen Betroffenem und Begutachtungsstelle	248
1.	Das Rechtsverhältnis	248
2.	Rechtliche Stellung der Begutachtungsstelle	249
II.	Beistand	250
1.	Vertretung und Beistand im behördlichen Verfahren	250
2.	Vertretung und Beistand im gerichtlichen Verfahren	250
III.	Übersenden der Akte an die Untersuchungsstelle	250
IV.	Das Recht auf Akteneinsicht	251
V.	Festlegung der Fragestellung	251
H.	Anforderungen an Gutachten und Begutachtung	252
I.	Untersuchungsumfang	252
II.	Sonstige Aspekte zum Inhalt des Gutachtens	252
1.	Nachprüfbarkeit	253
2.	Vollständigkeit	253
3.	Befunderhebung	253
4.	Rückfallwahrscheinlichkeit	253
I.	Möglichkeit eines Gutachtens auf „privatem Weg“	253
I.	Beachtung des notwendigen Inhaltes der Begutachtung	253
II.	Möglichkeit eines privaten Eignungsgutachtens?	254
J.	Auswertung des Gutachtens	254
I.	Notwendiger Inhalt und notwendige Aussagen des Gutachtens	255
II.	Mögliche Mängel in Fahreignungsgutachten aus psychologischer und verkehrsmedizinischer Sicht	256
III.	Die unterschiedliche Betrachtung durch Juristen und Psychologen ..	258
1.	Verständigungsschwierigkeiten zwischen Juristen und Psychologen .	258
2.	Überlegungen für eine Lösung	259
IV.	Das Gutachten mit einem für den Mandanten negativen Ergebnis ..	259
V.	Obergutachten	260
K.	Rechtspolitische Perspektiven	261

§ 9 Die Wiedererteilung der Fahrerlaubnis	263
A. Der Weg zur Wiedererteilung der Fahrerlaubnis	263
I. Die unterschiedlichen Ausgangssituationen	263
II. Die unterschiedlichen Fallgestaltungen	263
1. Entziehung nach dem Punktesystem	263
2. Entziehung bei Fahrerlaubnis auf Probe	263
3. Wiedererteilung nach Entziehung bei Alkoholproblematik	264
4. Wiedererteilung nach Entzug aufgrund Drogenproblematik	265
5. Wiedererteilung bei Fahrerlaubnis auf Probe	266
6. Wiedererteilung der Fahrerlaubnis nach Entziehung aufgrund sonstiger Sachverhalte	266
7. Wiedererteilung nach Entzug wegen einer allgemeinen Straftat ..	267
III. Speziell: Widerruf der Fahrerlaubnis für Fahrschulhaber	267
B. Die Voraussetzungen der „Eignung“ oder der nicht gegebenen „Ungeeignetheit“	267
I. Allgemeines	267
II. Das gebotene richtige Vorgehen zur Klärung der Eignung und Ausräumung der „Ungeeignetheit“	268
C. Die Wiederherstellung der Eignung nach Entziehung bei Alkoholproblematik	269
I. Merkmale und Ursachen der Ungeeignetheit	269
1. Merkmale für die Ungeeignetheit aus Tat und Tathergang	269
2. Subjektive Merkmale als Symptome der Ungeeignetheit	269
3. Ursachen der Ungeeignetheit	269
II. Änderungen in den Eignungsvoraussetzungen	270
1. Konkrete Veränderungen der Lebenssituation und Lebensführung	270
2. Alkohol und Trinkgewohnheiten	271
3. Persönlichkeitsimmanente Veränderungen	273
III. Prognose zur (Wiederherstellung der) Eignung oder der vorhandenen Ungeeignetheit	274
IV. Beurteilung der „Eignung“ und „Ungeeignetheit“ gemäß FeV und Begutachtungsleitlinien	274
1. Missbrauch (Anlage 4 zur FeV, Ziffer 8.1)	274
2. Abhängigkeit (Anlage 4 zur FeV, Ziffer 8.3)	275
V. Wiederherstellung der Eignung	276
1. Bei Missbrauch	276
2. Bei Abhängigkeit	276
D. Die Wiederherstellung der Eignung nach vorangegangener Entziehung aufgrund Drogenproblematik	277
I. Die verstärkte Drogenproblematik	277
II. Kontrollen und Maßnahmen der Polizei	277

1. Mögliche Verdachtsmomente auf Medikamenten- oder Drogen- einfluss	277
2. Maßnahmen bei Verdacht	278
3. Mögliche Maßnahmen der Polizei	279
III. Beurteilung der „Eignung“ und der „Ungeeignetheit“ nach FeV und Begutachtungs-Leitlinien	279
IV. Die Beurteilung der „Eignung“ bei Drogenkonsum in der Rechtspre- chung	279
E. Wiederherstellung der Eignung nach vorangegangener Entziehung der Fahr- erlaubnis auf Probe	281
F. Neuerteilung der Fahrerlaubnis nach vorangegangener Entziehung aufgrund Punktesystem	282
I. Sperrfrist von sechs Monaten	282
II. Beibringung eines Gutachtens einer amtlich anerkannten Begutach- tungsstelle für Fahreignung (BfF)	282
III. Speziell: bei Nichtteilnahme am Aufbauseminar	282
IV. Neuerteilung der Fahrerlaubnis im Wege der einstweiligen Anord- nung	283
G. Wiedererteilung der Fahrerlaubnis nach Entziehung wegen allgemeiner Straftat	283
H. Die „Befähigung“ als weitere Voraussetzung für die Wiedererteilung der Fahrerlaubnis	283
I. Die Befähigung und ihr Nachweis durch theoretische und praktische Prüfung	283
II. Ausnahmen vom Erfordernis des Nachweises der Befähigung	284
I. Fragen der Beweislast im Verfahren zur Eignungsprüfung sowie Beweiswür- digung	285
I. Beweislast im Verfahren zur Eignungsprüfung	285
II. Beweiswürdigung	285
1. Grundsatz der freien Beweiswürdigung	285
2. Beweiswürdigung und „Prognose“	286
a) Feststellung der Rückfallwahrscheinlichkeit	286
b) Beurteilung der Gesamtpersönlichkeit	286
J. Beratung, speziell Therapien und Vorbereitung auf Begutachtung	287
§ 10 Rechtsmittel und Rechtsmittelverfahren	289
A. Maßnahmen außerhalb des förmlichen Rechtsmittelverfahrens	289
I. Die Anordnung zur Beibringung eines Gutachtens – Begutachtung für Fahreignung (BfF)	289
II. Ziel: Beschleunigung des Verfahrens	290
III. Erörterung mit Fahrerlaubnisbehörde	290
IV. Dienstaufsichtsrechtliche Maßnahmen	290

B. Die einzelnen Rechtsmittel	291
I. Grundsätzliches	291
1. Möglichkeit des Widerspruchs und der Klage	291
2. Spezielle Einzelfälle	291
a) Anfechtung der Veranlassung der Eintragung	291
b) Anfechtung der Eintragung	291
c) Das Löschungsverlangen	292
II. Der Widerspruch	292
III. Anfechtungsklage	293
1. Form und Frist	293
2. Verfahrensgrundsätze	293
3. Die Anfechtungsklage im Einzelnen	294
4. Musterklage	295
a) Anfechtungsklage vor dem VG wegen angeordneter unzulässiger – medizinisch-psychologischer – Doppelbegutachtung ..	295
b) Anfechtungsklage vor VG bei Anordnung theoretischer Befähigungsprüfung nach Entziehung der Fahrerlaubnis	297
IV. Verpflichtungsklage/Untätigkeitsklage	298
V. Vorbeugende Feststellungsklage	299
VI. Vorgehen gegen Anordnung der sofortigen Vollziehung	299
1. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung	299
a) Widerspruch und aufschiebende Wirkung	299
b) Die Anordnung der sofortigen Vollziehung in der Praxis	299
2. Die gerichtliche Prüfung und Aussetzung der sofortigen Vollziehung	300
a) Das Antragsverfahren	300
b) Die Begründung des Aussetzungsantrages	300
3. Fahrerlaubnis auf Probe	301
4. Musterantrag auf Aussetzung der sofortigen Vollziehung	302
VII. Beschwerde	304
VIII. Berufung	304
IX. Revision/Sprungrevision	304
X. Verfassungsbeschwerde	305
1. Möglichkeit der Verfassungsbeschwerde	305
2. Möglichkeit der einstweiligen Anordnung durch Bundesverfassungsgericht	305
XI. Wiedereinsetzung	305
1. Wiedereinsetzung im Verwaltungsverfahren	305
2. Wiedereinsetzung im gerichtlichen Verfahren	306
3. Anfechtung der Wiedereinsetzungentscheidung	306
XII. Übersicht über Rechtsbehelfsfristen im verwaltungsgerichtlichen Verfahren	307

C. Gegenstandswert	310
§ 11 Beteiligung von Rechtsschutz beim Verwaltungs-Rechtsschutz in Verkehrssachen	311
A. Der Versicherungsschutz	311
I. Allgemeines	311
II. Die Regelungen in den ARB	312
1. ARB 75	312
2. ARB 94	312
3. ARB 2000	312
4. ARB 2008	313
5. ARB 2010	313
6. ARB 2012, Stand 2016	313
B. Die Rechtsschutzdeckung im Verkehrsverwaltungsrecht	313
I. Fallgestaltungen	314
II. Verkehrsrechtliche Anordnungen ohne Rechtsschutzdeckung im verkehrsrechtlichen Verwaltungs-Rechtsschutz	314
C. Voraussetzungen der Rechtsschutzgewährung	315
I. Vorliegen eines Versicherungsfalles	315
1. Versicherungsfall beim Verwaltungs-Rechtsschutz in Verkehrs- sachen	315
2. Besondere Fallgestaltung: Rechtsschutz zum Recht der Fahr- erlaubnis/Maßnahmen nach Punktesystem	315
II. Interessenwahrnehmung vor Verwaltungsbehörde oder Verwaltungs- gericht	316
III. Rechtsschutzdeckung in verkehrsrechtlichen Angelegenheiten im Allgemeinen	317
IV. Wartezeit und fehlender Risikoausschluss	317
D. Leistungsumfang	317
I. Leistungsumfang nach ARB	317
II. Kosten bei Selbstvertretung eines Anwaltes	318
III. Beachtung des Quotenvorrechtes	318
IV. Rechtsanwaltsvergütung für Einholung der Rechtsschutzdeckung ..	319
1. Beispiel für eine Vergütungsabrede	320
2. Zweiter Rechtsanwalt	322
V. Kosten/Gebühren für die Medizinisch-Psychologische Unter- suchung (MPU)	323
E. Ablehnung des Versicherungsschutzes wegen mangelnder Erfolgsaussichten oder wegen Mutwilligkeit/Schiedsgutachter	324
F. Musterkorrespondenz zur Meldung Rechtsschutzfall im Verwaltungsrechts- schutz in Verkehrssachen	325

I.	Muster: Meldung Rechtsschutzfall im Verwaltungsrechtsschutz in Verkehrssachen	325
II.	Hinweise zur Meldung	326
III.	Hinweise zur Abrechnung	327
IV.	Hinweise zum Anwaltsregress und Rechtsschutzversicherung	327
2. Teil:	Beratung und Vertretung bei Führerscheinmaßnahmen ..	329
§ 12	Die richtige Verteidigungsstrategie	329
A.	Allgemeine Aspekte der Verteidigungsstrategie	329
I.	Die Bedeutung der Fahrerlaubnis für den Mandanten/Betroffenen ..	329
II.	Gang des Verfahrens	331
III.	Rechtsgrundlagen	333
IV.	Verständigung im Strafverfahren seit 1.9.2009 – hier BVerfG vom 19.3.2013 – BvR 2628/10 und 2155/10	335
1.	Einführung	336
2.	Absprachen in Verkehrsstrafsachen	337
3.	Aktuelle Untersuchung	342
4.	Entscheidungsübersicht	343
V.	Versicherungsrechtliche Konsequenzen bei vorgeworfener Straftat gegenüber dem Fahrer	344
VI.	Schadenrechtliche Konsequenzen bei vorliegender Straftat gegenüber dem Fahrer	345
VII.	Verwaltungsrechtliche Konsequenzen bei vorgeworfener Straftat gegenüber dem Fahrer	347
VIII.	Berufsrechtliche Konsequenzen bei vorgeworfener Straftat	352
IX.	Verteidigungshinweise bei Drogen und Alkohol	353
B.	Checkliste: Annahme des Mandates	356
C.	Aktive Verteidigung/Prozesstaktik	358
I.	Teilhabe durch Akteneinsicht	358
II.	Recht auf ein faires Verfahren und Achtung der Verteidigungsrechte ..	359
III.	Recht auf Prüfung der Zulässigkeit der Beweismittel	360
1.	Informationserhebungsrecht	360
2.	Akteneinsicht in Kanzleiräumen, BVerfG vom 14.9.2011 – 2 BvR 449/11	362
3.	Prozessuale Konsequenzen	363
D.	Beweisverwertungsverbote	365
I.	Einleitung	365
II.	Gesetzlich normierte Regelungen	367
III.	Beweisverwertungsverbote im Verkehrsrecht	367
IV.	Beispiel für Widerspruchserfordernis, BGH vom 9.3.2010 – 4 StR 606/09	368

V.	Zeitpunkt und Form	370
VI.	Muster	372
E.	Problemstellung	374
I.	Die unterschiedlichen Fallgestaltungen	374
1.	Allgemeines	374
2.	Der Katalog der Gesetzesbestimmungen mit in der Regel vorliegender Ungeeignetheit zum Führen von Kraftfahrzeugen	374
3.	Rechtliche Aspekte zu den Tatbeständen des § 69 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 StGB	375
4.	Wichtig: Information des Mandanten über den Gang des Verfahrens	375
II.	Speziell: Unfallflucht und tätige Reue	376
1.	Unerlaubtes „Sich-Entfernen“ vom Unfallort	376
2.	Die „tätige Reue“	377
3.	Entwicklung der Rechtsprechung zur Höhe des „bedeutenden Schadens“ im Sinne des § 69 Abs. 2 Nr. 3 StGB	377
4.	Notwendiges Handeln des Verteidigers	378
III.	Verteidigungsbeispiel bei gefährlichem Eingriff in den Straßenverkehr	384
IV.	Beweisverwertungsverbot bei Blutentnahme	386
V.	Einschaltung Privater	387
F.	Das richtige Vorgehen	391
I.	Allgemeine Aspekte	391
1.	Ziel der Verteidigung: die Fahrerlaubnis behalten und/oder wieder erhalten	391
2.	Möglichkeiten und Ziel der Verteidigungsstrategie	392
II.	Die Möglichkeit der Abwendung des Entzuges der Fahrerlaubnis	392
G.	Ausnahmen vom Entzug der Fahrerlaubnis für bestimmte Kraftfahrzeuge	393
H.	Wiedererteilung der Fahrerlaubnis	394
§ 13 Entzug der Fahrerlaubnis im Strafverfahren	395
A.	Rechtliche Grundlagen der Entziehung der Fahrerlaubnis	395
I.	Rechtsnatur	395
II.	Zweck der Maßregel	395
III.	Die Regelentziehung gem. § 69 Abs. 2 StGB	396
IV.	Die Sperre für die Erteilung einer Fahrerlaubnis (§ 69a StGB)	396
V.	Führerscheinmaßnahmen und internationaler Kraftfahrzeugverkehr	396
VI.	Verfahrensfragen	397
B.	Checkliste zur Verteidigung und Vertretung bei – drohender – Entziehung der Fahrerlaubnis	397
C.	Vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis gem. § 111a StPO	398
I.	Rechtsgrundlagen	398

1. Gesetzliche Grundlagen	398
2. Polizeiliche Anordnung der Entnahme einer Blutprobe und Verwertungsverbot	399
3. Das Gebot rechtlichen Gehörs	400
II. Voraussetzungen für die Entziehung der Fahrerlaubnis gem.	
§ 111a StPO	401
1. Allgemeine Anforderungen	401
2. Vorläufige Entziehung nach Alkoholgenuss	401
3. Vorläufige Entziehung bei Drogenkonsum	402
III. Verhältnismäßigkeit der vorläufigen Entziehung der Fahrerlaubnis ..	403
IV. Wirksamkeit und Rechtsfolgen der vorläufigen Entziehung	403
V. Mögliche Aufhebung der Maßnahme gemäß § 111a Abs. 2 StPO	404
VI. Ausnahmen für bestimmte Kraftfahrzeuge	404
D. Entzug der Fahrerlaubnis gem. § 69 StGB	406
I. Rechtsgrundlage	406
II. Mögliche prozessuale Verfahren	406
III. Voraussetzungen der Entziehung der Fahrerlaubnis	407
1. Führen eines Kraftfahrzeuges	407
2. Notwendiger Zusammenhang mit dem Führen eines Kraftfahrzeuges	408
3. Verletzung der Pflichten eines Kraftfahrzeugführers	409
4. Verurteilung oder Nichtverurteilung wegen möglicher Schuldunfähigkeit	410
5. Ungeeignetheit zum Führen von Kraftfahrzeugen	410
6. Speziell: Entzug der Fahrerlaubnis gegen Beifahrer sowie bei Taten der allgemeinen Kriminalität	411
a) Entziehung der Fahrerlaubnis gegen Beifahrer	411
b) Entziehung der Fahrerlaubnis bei Taten allgemeiner Kriminalität	411
IV. Die Tatbestände der Regelvermutung der Ungeeignetheit gem. § 69 Abs. 2 StGB	411
1. Gefährdung des Straßenverkehrs gem. § 315c StGB	412
2. Verbote Kraftfahrzeugrennen gem. § 315d StGB	413
3. Trunkenheit im Verkehr gem. § 316 StGB	413
4. Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort	414
5. Vollrausch gem. § 323a StGB	415
V. Die gebotene Verteidigungsstrategie	415
VI. Ausnahmen vom Entzug der Fahrerlaubnis und der Sperre für die Neuerteilung	416
1. Möglichkeit der Ausnahme von der Sperre	416
2. Beispiele für Ausnahme vom Entzug der Fahrerlaubnis	416
3. Antrag auf Ausnahme	417

VII.	Sperrfrist für die Neuerteilung	418
1.	Gesetzliche Regelung	418
2.	Die Dauer der Sperrfrist	418
3.	Anrechnung der Dauer vorläufiger Entziehung	419
4.	„Isolierte Sperrfrist“	419
E.	Austausch von Führerscheinmaßnahmen	419
F.	Einstellung gem. § 153a StPO unter Auflagen	420
G.	Abkürzung der Sperrfrist gem. § 69a Abs. 7 StGB	420
I.	Die Erstellung des Gutachtens	420
II.	Die vorzeitige Aufhebung der Sperre gem. § 69a Abs. 7 S. 2 StGB	421
H.	Verzicht auf Fahrerlaubnis	423
§ 14	Das Fahrverbot	425
A.	Das Fahrverbot gem. § 44 StGB	425
I.	Rechtsnatur	425
II.	Voraussetzungen für die Anordnung eines Fahrverbotes	425
1.	Verurteilung zu Freiheits- oder Geldstrafe	425
2.	Regelfälle des § 44 Abs. 1 S. 2 StGB	427
3.	Dauer des Fahrverbotes	427
4.	Vollstreckung	427
III.	Verfahren zur Verhängung eines Fahrverbotes gem. § 44 StGB	428
1.	Verfahrensarten	428
2.	Hinweispflicht nach § 265 StPO	428
B.	Das Fahrverbot gem. § 25 StVG	428
I.	Rechtsnatur des Fahrverbotes	428
II.	Voraussetzungen des Fahrverbots	429
III.	Ausnahmen vom Fahrverbot und Kompensation des Fahrverbots durch Erhöhung des Tagessatzes	430
IV.	Fahrverbot bei Verurteilung gem. § 24a StVG wegen Alkohol und berausgender Mittel	431
V.	Wirksamkeit, Dauer und Vollstreckung des Fahrverbotes	432
1.	Wirksamkeit	432
2.	Dauer	432
3.	Vollstreckung	432
C.	Fahrverbot und Bußgeld-Katalog-Verordnung (BKatV)	433
I.	Gesetzliche Grundlage	433
II.	Die Regelfälle der BKatV	433
III.	Voraussetzungen der Zulässigkeit eines Fahrverbotes	434
IV.	Einzelfälle zur Verhängung eines Fahrverbotes	435
1.	Führen eines Kraftfahrzeuges unter Alkohol- und Rauschmittel-einwirkung (§ 24a StVG)	435

2. Geschwindigkeitsüberschreitung	436
3. Qualifizierter Rotlichtverstoß	436
D. Die Voraussetzungen für das Absehen vom Fahrverbot	437
E. Übersicht über Rechtsprechung und Absehen vom Fahrverbot	438
I. Ausnahmen vom Fahrverbot bei Geschwindigkeitsüberschreitung ..	439
II. Bei Rotlichtverstoß	440
III. Spezielle Umstände	441
IV. Berufliche Härte und Nachteile/Härtefall, speziell Einsatzfahrzeuge.	442
V. Drohender Arbeitsplatzverlust	442
VI. Fahrverbot und Aufbauseminar	443
VII. Regelfahrverbot, günstige Prognose	443
VIII. Lange Dauer des Verfahrens	444
IX. Grobes Fehlverhalten	444
X. Einmaliges Versagen, Augenblicksversagen	445
XI. Abkürzung Fahrverbot und ein Fahrverbot bei wiederholten Verstößen	445
XII. Fahrverbot und Fahreignungsseminar	446
F. Ausnahmen für bestimmte Fahrzeugarten	447
G. Notwendige Feststellungen im Urteil	448
H. Vollstreckung des Fahrverbotes	449
I. Allgemeines	449
II. Vollstreckung innerhalb einer 4-Monatsfrist	450
§ 15 Rechtsmittel und Rechtsmittelverfahren bei Entzug der Fahrerlaubnis und Fahrverbot	453
A. Rechtsmittel gegen vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis	453
I. Rechtsmittel gegen die vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis gem. § 111a StPO	453
II. Nicht gewährtes rechtliches Gehör	454
III. Ablehnung von beantragten Ausnahmen	454
IV. Chancen und Nachteile einer Beschwerde	455
B. Entziehung der Fahrerlaubnis: prozessuale Fragen	455
C. Rechtsmittel gegen Entzug der Fahrerlaubnis im Strafbefehl oder durch Urteil	456
I. Einspruch gegen Strafbefehl	456
1. Form, Frist und mögliche Rücknahme sowie Beschränkung	456
2. Das Verfahren nach rechtzeitigem Einspruch gemäß § 411 Abs. 1 S. 2 StPO	458
II. Speziell: Rechtsmittel gegen Ablehnung der Abkürzung der Sperrfrist	459
D. Rechtsmittel bei einem Fahrverbot gem. § 44 StGB	459

E. Die Berufung	460
I. Einlegung	460
II. Zulässigkeitsvoraussetzungen	461
III. Berufungsbegründung	461
IV. Beschränkung der Berufung	462
V. Das Berufungsverfahren	462
F. Revision und Sprungrevision	463
I. Revision	463
II. Sprungrevision	464
III. Revisionsbegründung	464
IV. Beschränkung der Revision, speziell auf Entziehung der Fahrerlaubnis	465
1. Der Umfang der Anfechtung des Urteils durch Revision	465
2. Speziell: Revision und Entzug der Fahrerlaubnis gem. § 111a StPO	466
G. Übersicht über Rechtsbehelfsfristen im Strafrecht	466
H. Rechtsmittel im Bußgeldverfahren	469
I. Der Einspruch	469
1. Allgemeines, Frist und Form	469
a) Allgemeines	469
b) Frist	469
c) Form	470
2. Mögliche Beschränkung	471
II. Rechtsbeschwerde	471
1. Zulässigkeit	472
2. Form und Frist	473
I. Fristwahrung und Antrag auf Wiedereinsetzung	474
J. Übersicht: Fristen im OWi-Verfahren	475
§ 16 Entschädigung im strafgerichtlichen Fahrerlaubnisverfahren	477
A. Entschädigung	477
B. Ausnahmen von der Entschädigungspflicht	477
C. Umfang der Entschädigung	479
D. Entschädigungsverfahren	479
§ 17 Die Beteiligung von Rechtsschutz	481
A. Die verschiedenen Rechtsschutzbedingungen (ARB 94/ARB 2000, 2008 und 2012), speziell im Verkehrsrecht	481
I. Die Bedeutung der Rechtsschutzversicherung im Straßenverkehrsrecht	481

II.	Verkehrsrecht und Rechtsschutz	486
III.	Der Verkehrs-Rechtsschutz	488
	1. Allgemeines	488
	2. Personenbezogener und fahrzeugbezogener Verkehrs-Rechts- schutz	488
	a) Personenbezogener Verkehrs-Rechtsschutz	488
	b) Fahrzeugbezogener Verkehrs-Rechtsschutz	488
	3. Leistungsarten	488
	4. 3-Monatsfrist nach Abschluss der Rechtsschutzversicherung	488
	5. Tatbestände zur Einschränkung und zum Ausschluss des Rechts- schutzes	489
IV.	Übersichten über die Rechtsschutzdeckung auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts	492
	1. Umfang am Beispiel der ARB 2016 der Advocard Rechtsschutz- versicherung	492
	2. § 21 Abs. 1 ARB 2000 – Verkehrs-Rechtsschutz	493
	3. § 21 Abs. 3 ARB 2000 – Fahrzeug-Rechtsschutz	494
	4. § 22 ARB 2000 – Fahrer-Rechtsschutz	495
V.	Checkliste zur Prüfung der Eintrittspflicht der Rechtsschutz- versicherung in Angelegenheiten des Straßenverkehrsrechtes	496
B.	Versicherungsschutz und Leistungsansprüche auf Rechtsschutz in Straf- und OWi-Verfahren	499
	I. Die Eintrittspflicht der Rechtsschutzversicherung bei verkehrsrecht- lichen Straftaten	499
	II. Der Versicherungsschutz bei verkehrsrechtlichen Ordnungswidrig- keiten	502
	III. Umfang der Rechtsschutzgewährung	503
	IV. Ersatz der Verteidigervergütung	505
	1. Erstattung der gesetzlichen Gebühren	505
	2. Erstattung der Gebühren bei nur teilweiser Eintrittspflicht	505
	3. Fälligkeit der Versicherungsleistung	506
	V. Kosten für außergerichtliche Sachverständigengutachten	507
	1. Straf- und OWi-Verfahren	508
	a) Im Rahmen der Verteidigung in einem Straf- und OWi- Verfahren	508
	b) Keine Kostendeckung für Gutachten in anderen, speziell zivil- rechtlichen Angelegenheiten	508
	2. Gutachten muss erforderlich sein	509
	3. Der zu beauftragende Sachverständige/die Sachverständigen- organisation	509
	a) Gutachten eines öffentlich bestellten technischen Sach- verständigen	509

b) Gutachten einer rechtsfähigen technischen Sachverständigenorganisation	510
4. Besonderheit Mediation	510
VI. Rechtsschutz bei Auslandsunfällen	511
C. Beachtung der Ausschlussklauseln	512
I. Rechtsschutz bei Vorsatztat	513
II. Kein Ausschluss bei Verkehrsordnungswidrigkeiten	514
III. Evtl. Ausschluss bei Halterhaftung	515
D. Obliegenheiten in der Rechtsschutzversicherung im Verkehrsrecht	515
I. Die Regelungen zu den Obliegenheiten	515
II. Vorsätzliche Verkehrsstrafat	518
E. Beteiligung von Rechtsschutz bei Vertretung von Verletzten	518
I. Im Nebenklageverfahren	518
II. Im Adhäsionsverfahren	519
III. Im Verfahren nach Opferschutzgesetz	519
IV. Übersicht	520
F. Ablehnung des Rechtsschutzes durch den Versicherer	520
I. Mutwilligkeit im Straf- und OWi-Verfahren	520
1. Allgemeines	520
2. Begriff der „Mutwilligkeit“	521
3. „Missverhältnis“ zwischen Geldbuße und Verteidigungskosten ..	521
II. Verfahren bei Verneinung der Leistungspflicht	522
1. Vorgehen der Versicherung	522
2. Handeln des Versicherungsnehmers	522
3. Einleitung Schiedsgutachterverfahren	522
4. Stichentscheid	522
G. Vergütungsvereinbarung mit Rechtsschutzversicherung	523
I. Vergütungsvereinbarungen in der Praxis	523
II. Muster: Vergütungsvereinbarung mit Rechtsschutzversicherung	523
3. Teil: Medizinische und psychologische Aspekte der Fahreignung	527

§ 18 Die ärztliche Untersuchung	527
A. Vorbemerkung	527
B. Stellung der ärztlichen Untersuchung im Fahrerlaubniswesen	527
C. Untersuchungsgrundlagen	531
I. Begutachtungsleitlinien zur Kraftfahreignung	531
II. Weitere Grundlagen	532
D. Untersuchungsanlässe	532
E. Funktion einer ärztlichen Untersuchung	533

F. Untersuchungsablauf	534
I. Ärztliche Untersuchung	535
1. Fragestellung und Untersuchungsumfang	535
2. Qualitätssicherung der ärztlichen Begutachtung	537
a) Transparenz	537
b) Kooperation	537
c) Bewertung der Befunde: Urteilsbildung	538
d) Datenschutz	538
II. Toxikologische/labormedizinische Untersuchungen	539
1. Blutuntersuchungen	539
2. Urinuntersuchungen	539
3. Haaruntersuchungen	540
III. Untersuchung der psycho-physischen Leistungsfähigkeit	540
IV. Anforderung weiterer Befunde	541
V. Gutachtenausgang	542
§ 19 Die Medizinisch-Psychologische Untersuchung	545
A. Zur interdisziplinären fachlichen Basis der Medizinisch-Psychologischen Untersuchung	545
B. Stellung der Medizinisch-Psychologischen Untersuchung im Fahrerlaubniswesen	546
C. Das Fahreignungsseminar	550
D. Qualitätssicherung der MPU	552
I. Amtliche Anerkennung	552
II. Begutachtung durch die BASt	556
III. Datenschutz und -speicherung	557
IV. Qualifikation der Gutachter	558
V. Tonaufzeichnungen	558
E. Mobilitätsrecht vs. Verkehrssicherheit	560
F. Untersuchungsgrundlagen	561
I. Begutachtungsleitlinien zur Kraftfahreignung	561
II. Beurteilungskriterien	562
III. Weitere Grundlagen	564
G. Untersuchungsablauf	565
I. Psychologische Begutachtung	565
1. Fragestellung und Untersuchungsumfang	565
2. Psychologisches Untersuchungsgespräch	570
a) Transparenz	571
b) Kooperation	572
c) Bewertung der Befunde: Urteilsbildung	572
II. Medizinische Untersuchung	574
1. Stellenwert der Toxikologie	575

2.	Nachweisbarkeit von Suchtstoffen im Blut	576
3.	Nachweisbarkeit von Suchtstoffen im Urin	577
4.	Nachweisbarkeit von Suchtstoffen im Haar	578
III.	Psychologische Testverfahren	579
1.	Psychologische Testverfahren zur Überprüfung der psycho-physischen Leistungsfähigkeit	580
2.	Verkehrspychologische Fahrverhaltensbeobachtung	581
a)	Anlass und Fragestellung	581
b)	Rahmenbedingungen und Durchführung	581
c)	Ergebnisse	582
3.	Persönlichkeitsdiagnostische Testverfahren	583
IV.	Gutachtenausgang	584
H.	Notwendigkeit und Funktion Medizinisch-Psychologischer Untersuchungen.	586
I.	Zielgruppen und Rückfallrisiko	586
1.	Rückfallrisiko	587
2.	Dunkelzifferproblematik	588
3.	Sonderfall: fahrerlaubnisfreie Fahrzeuge	589
II.	Untersuchungsanlässe	590
1.	Alkohol	592
a)	Amtliche Unfallstatistik	593
b)	Einschätzung des Unfallrisikos	594
c)	Unterscheidung Genusstrinken – Alkoholmissbrauch – Alkoholabhängigkeit	596
d)	Trinkmengen und BAK	599
2.	Drogen	601
a)	Amtliche Unfallstatistik	603
b)	Einschätzung des Unfallrisikos	604
c)	Cannabis	606
d)	Andere illegale Drogen	606
e)	Sonderfall: Legal Highs	608
f)	Medikamente	610
3.	Verkehrsrechtliche Verstöße	611
a)	Amtliche Unfallstatistik	613
b)	Einschätzung des Unfallrisikos	614
c)	Besondere Risikogruppe: junge Fahrer	616
I.	Wirksamkeit der MPU	618
J.	Image der MPU	620
K.	Weiterführende Informationen zur MPU	623
§ 20	Vorbereitungsmöglichkeiten für die MPU	625
A.	Wiederherstellung der Kraftfahreignung	625
B.	Verkehrspychologische MPU-Beratungen	626

C. Kurse zur Wiederherstellung der Kraftfahreignung	627
D. Wirksamkeit der Kurse nach § 70 FeV	631
E. Qualitätsmerkmale der MPU-Vorbereitung	633
F. Abstinentzkontrollprogramme	635
I. Urinscreenings	636
II. Haaranalysen	638
§ 21 Ausblick	643
A. Die Initiative „MPU-Reform“	643
I. Hintergrund und Ausgangslage	643
II. Zwischenbilanz	643
B. Aktuelle Entwicklungen im Bereich der Fahreignung	645
I. Die Promillegrenze	645
II. Alkohol-Interlock	649
1. Das Alkohol-Interlock aus fachlicher Sicht	649
2. Ein Blick voraus	650
III. Cannabismedikation: Grenzfall in der Begutachtung	651
1. Cannabismedikation aus fachlicher Sicht	651
2. Ein Blick voraus	653
IV. Die Entziehung der Fahrerlaubnis als Sanktionsinstrument	654
Anhang	657
A. Begutachtungsleitlinien zur Kraftfahreignung (Auszug)	657
B. Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr – GebOSt (Auszug)	668
C. Verordnung über die Zulassung von Personen zum Straßenverkehr (Fahrerlaubnis-Verordnung – FeV)	670
I. Allgemeine Regelungen für die Teilnahme am Straßenverkehr	671
II. Führen von Kraftfahrzeugen	672
1. Allgemeine Regelungen	672
2. Voraussetzungen für die Erteilung einer Fahrerlaubnis	679
3. Verfahren bei der Erteilung einer Fahrerlaubnis	695
4. Sonderbestimmungen für das Führen von Dienstfahrzeugen	702
5. Sonderbestimmungen für Inhaber ausländischer Fahrerlaubnisse	704
6. Fahrerlaubnis auf Probe	711
7. Fahreignungs-Bewertungssystem	715
8. Entziehung oder Beschränkung der Fahrerlaubnis, Anordnung von Auflagen	720
- 9. Sonderbestimmungen für das Führen von Taxen, Mietwagen und Krankenkraftwagen sowie von Personenkraftwagen im Linienverkehr und bei gewerbsmäßigen Ausflugsfahrten und Ferienziel-Reisen	721

10. Begleitetes Fahren ab 17 Jahre	724
III. Register	726
1. Zentrales Fahrerlaubnisregister und örtliche Fahrerlaubnis- register	726
2. Fahreignungsregister	737
IV. Anerkennung und Begutachtung für bestimmte Aufgaben	744
V. Durchführungs-, Bußgeld-, Übergangs- und Schlussvorschriften	752
Stichwortverzeichnis	921